

Pressemitteilung

Kurbeitragssatzungsänderung: Wiesbaden berücksichtigt Engagement der Jugendhilfe und Bundesfreiwilligen

Bad Homburg, 21. März 2024 – Tagungen und Seminare im Bundesfreiwilligendienst bieten allen Freiwilligen die Möglichkeit, sich nicht nur weiterzubilden, sondern auch neue Fähigkeiten zu erlernen und sich untereinander aktiv zu vernetzen. Diese Veranstaltungen fördern zudem die persönliche und berufliche Entwicklung der Teilnehmer/innen und stärken das Gemeinschaftsgefühl.

Durch die am 27. Dezember 2023 im Stadtparlament Wiesbaden verabschiedete und zum 1.2.2024 gültige neue Kurbeitragssatzung, waren solche Veranstaltungen in der Jugendherberge Wiesbaden massiv gefährdet. Denn die neue Beitragssatzung sah vor, dass zukünftig die Teilnehmer/innen an Seminaren und Tagungen der Bundesfreiwilligendienste, Trägern für politische Bildung junger Menschen, Berufsausbildungsinitiativen und anderen Gruppen der Jugend- und jungen Erwachsenenarbeit einen Kurbeitrag in Höhe von 5,-€ pro Person und Nacht zu zahlen haben.

Eine Kostensteigerung die von den Gästegruppen nicht mehr getragen werden könne und letztendlich dazu führt, dass die Jugendherberge Wiesbaden mit ca. 40.000 Übernachtungen jährlich, bei der 60% der Gästeübernachtungen auf entsprechende Gruppen fällt, akut in ihrer Existenz bedroht wäre und mit Einrichtungen im Umland nicht mehr konkurrenzfähig wäre.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung hat die Koalition einen Änderungsantrag eingebracht, der im Anschluss von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde. Die nun beschlossene Befreiung für Teilnehmende in Freiwilligendiensten und die präzisierte Befreiung von Schülerinnen und Schülern sind ein klares Zeichen für die Jugend. Dies ist insbesondere für anerkannte Träger der Jugendhilfe dazu ein starkes gesellschaftliches Zeichen der Stadt Wiesbaden, an dem sich in Zukunft auch weitere Städte und Gemeinden orientieren können.

„Die Entscheidung, hier einen offenen Dialog zu führen und diese Satzung erneut zu diskutieren und anzupassen, war ein wichtiger Schritt der nicht selbstverständlich ist“, sagt Klaus Becker, Vorstandsvorsitzende der Jugendherbergen in Hessen. „Denn durch die Befreiung der Freiwilligendienste vom Kurbeitrag stärken wir nicht nur das ehrenamtliche Engagement, sondern gewährleisten auch den Zugang zu Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten und verdeutlichen den Wert der Zeit, den Freiwillige für unsere Gesellschaft spenden“.

Das Deutsche Jugendherbergswerk - Landesverband Hessen e.V. - bedankt sich aufrichtig bei allen Fraktionen im Stadtparlament für die konstruktive und lösungsorientierte Zusammenarbeit bei der erneuten Beratung und Beschlussfassung der Kurbeitragssatzung.

Dr. Becker: *„Der offene und transparente Dialog mit allen Fraktionen hat dazu beigetragen, dass die neue Satzung den Bedürfnissen und Interessen der Jugendherbergen in Hessen gerechter wird. Wir bedanken uns für die Unterstützung und das Vertrauen in unsere Arbeit.“*

Pressekontakt: René Kuke
Deutsches Jugendherbergswerk
- Landesverband Hessen e.V. -
Mühlweg 18, 61348 Bad Homburg
rene.kuke@jugendherberge.de | jugendherberge.de/hessen | +49 151 5130 9165

